

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Für eine migrantische und antirassistische LINKE.

Deutschland ist geprägt von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffenen, sie haben es mit aufgebaut und gestalten es -teilweise seit Jahrzehnten- mit und machen es zu dem was es ist - eine lebendige, vielfältige Einwanderungsgesellschaft. Dennoch werden Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung beim Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt diskriminiert, haben schlechtere Bildungschancen und machen oft zu Niedriglöhnen die Arbeit, für die sich sonst niemand bereit erklären würde. Zu oft müssen sie illegalisiert leben. Gerade während der Corona-Pandemie waren es viele von ihnen, die weiter außerhalb von Home-Office gearbeitet haben, sei es an der Kasse beim Supermarkt, als Pflegekraft, Reinigungspersonal oder in Ausbeutungsverhältnissen in der Fleischindustrie und der Spargelernte. Dieser strukturelle Rassismus muss auf allen Ebenen bekämpft werden – im Staat und in der Gesellschaft. Zugleich sind Migrant*innen und Menschen mit Rassismuserfahrung Teil von Gewerkschaftskämpfen, von sozialen Bewegungen, lokalen Initiativen und in Migrant*innenselbstorganisationen, in Black People und People of Colour (BPoC) Gruppen und vielem mehr organisiert.

Gleiche Teilhabe Aller ist Ziel jeder linken Politik. Den Anspruch, den wir an die Gesellschaft haben, dass alle Menschen gleichermaßen teilhaben können und das neben Antifaschismus auch Antirassismus zum gesellschaftlichen Grundkonsens gehören, möchten wir auch in unserer Partei leben. Daher müssen wir auch für migrantischen Protest das Zuhause sein – das sind wir noch nicht ausreichend.

Diversität und Antirassismus selbst leben

DIE LINKE. muss Menschen mit Migrationsgeschichte und BPoC nicht nur als Partner*innen und als Teil der Arbeiter*innenklasse sowie als Teil der Partei begreifen, sondern auch den gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Rassismus praktisch leben – vor Ort in Initiativen, Aktionsbündnissen, in den Schulen und Betrieben, in den Universitäten und Kitas, überall. Denn nur gemeinsam können wir eine Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft schaffen, in der die Menschen und nicht die Profite von Wenigen zählen. Unsere gute Programmatik muss sich noch stärker in der täglichen Praxis unserer Parteiarbeit wiederfinden. Das Ziel muss sein, in unserer Partei mindestens so viele Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffene zu organisieren, wie ihr Anteil an der Bevölkerung in Deutschland ist, der derzeit ungefähr bei einem Viertel liegt. Laut einer aktuellen repräsentativen Neumitgliederbefragung der Bundespartei liegt der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte derzeit bei 9,9 Prozent. Das ist noch viel zu wenig. Für eine bessere migrantische Ansprache ist es wichtig mit Themen präsent zu sein, die sie alltäglich betreffen. Das sind neben gerechten Löhnen, bezahlbaren Mieten, ausreichend Kitaplätzen und Chancengleichheit an Schulen auch Fragen von politischer Teilhabe, wie beim Wahlrecht und auch am Arbeitsleben wie beispielsweise beim Zugang zur Beschäftigung im Öffentlichen Dienst.

Neben dem in der Gesellschaft tief verankerten Antisemitismus sind auch der grassierende antimuslimische und antischwarze Rassismus und Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze sowie

andere Rassismen, von dem sie betroffen sind, stärker zu thematisieren und zu bekämpfen. Diese sind in den Fokus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen, in der eine erstarkende Rechte und ihre gewalttätigen Freunde immer mehr Raum für sich und ihre Hetze in Anspruch nehmen. Das haben nicht zuletzt die Anschläge von Halle und Hanau sowie beispielsweise die rechtsextreme Anschlagsserie im Berliner Stadtteil Neukölln oder auch die Drohschreiben des NSU 2.0 an Genoss*innen und an andere gegen Rechts engagierte Menschen, schmerzhaft verdeutlicht.

Sinn und Zweck einer höheren Beteiligung von Migrant*innen und BPoC in der Partei ist dabei keine sogenannte reine „Identitätspolitik“. Es geht vielmehr darum, die Perspektive für unterschiedliche Formen der Unterdrückung und Diskriminierung und der kapitalistischen Ausbeutung zu erweitern und sie zusammenzuführen. Überzeugende und glaubwürdige antirassistische Politik kann sich nicht mit „Stellvertreterpolitik“ begnügen. Sie muss Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, als gleichwertige politische Subjekte erachten und sie an der politischen Macht in ihren eigenen Reihen teilhaben lassen. Weil es nicht um reine Symbolik und legitime Identitätspolitik geht, bedeutet das zugleich die Bereitschaft, eine damit einhergehende Verschiebung von inhaltlichen Standpunkten anzunehmen und Bisheriges kritisch zu hinterfragen, statt das bestehende politische Programm bloß „ein bisschen diverser“ vorzutragen.

Ziel der LINKEN ist es, eine offene und gerechte Gesellschaft zu erkämpfen – ohne Ausbeutung und Rassismus. Dazu gehört, dass Menschen, die von Rassismus betroffen sind, in den Medien, Publikationen und Veranstaltungen unserer Partei zu Wort kommen – und zwar zu allen Themen, nicht nur zu Rassismus oder Migration. Eine gezielte Ansprache und aktive Mitgliedergewinnung ist -wie auch sonst- vonnöten. Die Zusammenarbeit mit migrantischen Vereinen ist hierfür die Voraussetzung. Das geschieht vielerorts in der Partei schon, aber noch nicht ausreichend.

Gerade jetzt ist die Bereitschaft für antirassistische Themen zusammenzukommen vielerorts in der Gesellschaft groß. Die Landes-, Kreis- und Bezirksverbände sollten vor Ort ermitteln, welche migrantischen Verbände, Migrant*innenselbstorganisationen, neuen deutschen Organisationen aufgesucht werden können, um mit ihnen in den Austausch zu treten. Sie und Bewegungsakteur*innen wie beispielsweise die vielen bundesweiten Black Lives Matter- oder Migrantifa-Gruppen sollten, wenn auch von ihnen gewünscht, in Mitgliederversammlungen eingeladen und ihre Initiativen unterstützt und gemeinsame Aktionen angeregt werden. Migrantische Orte müssen für LINKE Veranstaltungen angemietet und, wenn dort auch gewünscht, stärker für Austausch, Mitglieder- und Wahlwerbung aufgesucht werden – von dem selbstorganisierten migrantischen Café oder Kulturverein von nebenan bis zur Shishabar und dem Boxclub um die Ecke. Parteiveranstaltungen sind verstärkt in migrantische Viertel zu verlegen, in denen zugleich meist überproportional Arbeiter*innen und Menschen unter prekären Bedingungen leben. Sie sind, sowie ebenfalls Basistreffen, Parteipublikationen und -webseiten in verschiedenen Sprachen und barrierefrei zu gestalten, um Barrieren zum Mitmachen für Alle zu senken. Dabei ist es auch sehr wichtig eine Überakademisierung der Sprache zu vermeiden. Der Bundespartei Vorstand unterstützt die Landesverbände bei diesen Maßnahmen, sammelt und dokumentiert die Erfahrungen aus den verschiedenen Bundesländern und organisiert in regelmäßigen Abständen einen Austausch zwischen Genoss*innen aus den verschiedenen Landesverbänden.

Die Partei muss sich zudem bemühen, Begegnungsräume und Orte der gemeinsamen politischen Praxis zu schaffen, sie kann beispielsweise lokale Organizingprojekte zur Mietenfrage in migrantischen Kiezen unterstützen. Die Büros der LINKEN und ihrer Abgeordneten sind zu Begegnungstätten zu entwickeln. Dafür sollte die Bundespartei weitere Vorschläge entwickeln und best practice Beispiele sammeln und den Bundestagsabgeordneten sowie den Landesverbänden unterbreiten. Um eine Ansprechbarkeit vor Ort zu sichern sind Rechts- und Sozialberatungen in den Büros und das Mitwirken an Nachbarschaftsfesten entscheidend. Das Programm auf LINKEN

Festen muss vielfältig sein, es sollte nicht nur Verköstigung aus aller Welt geben, sondern vor allem das politische und kulturelle Programm sollte divers sein.

Vielfalt in der Partei fördern

Der Parteivorstand soll die Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen in den Landesverbänden anregen und unterstützen, um Rassismus und Diskriminierung in den eigenen Reihen aufzuklären und zu verhindern. An diese können sich dann Parteimitglieder vor Ort vertrauensvoll wenden, wenn sie Rassismuserfahrungen in der Partei machen. Dabei sind die datenschutzrechtlichen Bestimmungen selbstverständlich einzuhalten. Die gesamte Bundespartei, aber insbesondere der Parteivorstand, trägt dafür Verantwortung, dass antimigrantische Positionen in der Partei, ob an der Spitze oder Basis, keinen Platz haben und muss diesen entschlossen entgegenreten.

Der Parteivorstand muss zudem ein Konzept und eine Strategie zur Stärkung von Diversität in der Partei entwickeln. Auf diesen Weg hat sich die Bundespartei bereits seit Kurzem begeben, was sehr zu begrüßen ist. Unter Federführung des Bundesgeschäftsführers hat der Parteivorstand bereits einen Austausch im Rahmen von virtuellen Konferenzen zwischen, in verschiedenen Landesverbänden aktiven Genoss*innen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, organisiert. Die erste bundesweite Konferenz dazu wird zum Zeitpunkt des Bundesparteitags bereits stattgefunden haben. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden von entscheidender Bedeutung sein. Als LINKS*KANAX schlagen wir vor, dass der Parteivorstand ein Gremium ins Leben ruft, indem dieses ebenso wie die Landesverbände und migrantische Expert*innen aus der Partei eingebunden werden. Dieses Gremium kann eine kontinuierliche Befassung mit dem Thema sicherstellen und trägt Sorge dafür, dass die Strategie zu einer besseren migrantischen Ansprache und mehr Teilhabe und Repräsentanz umgesetzt wird. Es koordiniert und entwickelt die notwendigen Maßnahmen weiter. Auch der neue Parteivorstand muss dafür weiterhin personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Der neue Parteivorstand wird zudem damit beauftragt Modelle zu erarbeiten, wie ein Plenum für von Rassismus betroffene Genoss*innen im Rahmen des folgenden Bundesparteitages durchgeführt werden kann, um sich austauschen und vernetzen zu können. Der Parteivorstand sollte für seinen Einflussbereich Genoss*innen die Teilnahme und Finanzierung von antirassistischen Schulungen und Empowermentseminaren anbieten. Ein Leitfaden für diskriminierungsfreie Sprache ist zu entwickeln, der sich an Mandatsträger*innen und das Spitzenpersonal der Partei, das den besten Zugang zu Öffentlichkeit hat, aber auch an alle anderen Funktionsebenen der Partei und ihre Beschäftigten sowie alle Parteimitglieder richtet. Um auch eine migrantische Partei zu sein, muss Diversität neben der Mitgliedschaft auch in allen Funktionsebenen, Gremien, Mandaten und Wahllisten stattfinden, worauf der Parteivorstand hinzuwirken hat. Ziel muss die Repräsentanz und Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffenen sowie allen anderen von struktureller Ausgrenzung betroffenen Gruppen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in Deutschland sein. Das schließt auch Menschen ein, die wegen ihres sozio-ökonomischen Hintergrundes, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, ihres Alters oder ihrer Behinderung in unserer Gesellschaft diskriminiert werden. Mehr Repräsentanz und Teilhabe von Rassismus Betroffenen auf allen Ebenen war auch eine der zentralen Forderungen vieler Migrant*innenselbstorganisationen nach dem Anschlag von Hanau.

Der Parteivorstand soll eine Arbeitsgruppe bilden, die innerhalb der gesamten Partei, unter Einbeziehung der Landesverbände und aller relevanten Akteur*innen sowie von migrantischen Expert*innen in und außerhalb der Partei, die Debatte darüber organisiert, wie wir effektiv zu mehr Teilhabe und Repräsentanz in der Partei kommen. Verschiedene Maßnahmen sollen ermittelt und diskutiert und ein Strategiekonzept entwickelt werden. Das zu bildende Gremium soll anschließend für die Umsetzung des Konzepts Sorge tragen und Maßnahmen weiterentwickeln. Um einen Überblick zu bekommen sind zudem die beschriebenen Zuschreibungen bei allen Personen in

Ämtern und Mandaten von der Partei anonym und auf freiwilliger Basis abzufragen sowie im Rahmen einer aktualisierten repräsentativen freiwilligen und anonymisierten Mitgliederbefragung. Außerdem sollte auch für die Einstellung von Mitarbeiter*innen bei allen Beschäftigungsverhältnissen der LINKEN und ihren Mandatsträger*innen gelten, dass neben der Gleichstellung von Frauen und von Minderheiten auch Diversität insgesamt sichergestellt wird und von Rassismus Betroffene entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil repräsentiert sind.

Antirassistische Themen nach vorne bringen

Es ist unverzichtbar, dass wir öffentlich sichtbarer mit Themen werden, die uns alle aber Menschen mit Migrationsgeschichte und mit Rassismuserfahrung besonders betreffen. Das gilt allgemein für künftige Kampagnen der Partei und vor allem für die kommende Bundestagswahlkampagne 2021, bei der mindestens eines der Fokusthemen migrantischer Art sein sollte. Hierzu sollten wir uns als Partei verstärkt den Arbeitsbedingungen von Menschen mit Migrationsgeschichte und BPoCs widmen. Vor allem ist während der Corona-Krise deutlich geworden, dass sie unter unmenschlichen Ausbeutungsverhältnissen arbeiten müssen. Der Anteil der migrantischen Beschäftigten ist im Niedriglohnssektor sowie in anderen unsicheren Arbeitsverhältnissen am höchsten. Das sind auch Bereiche wie die Spargelernte oder Fleischindustrie, bei denen der Arbeitsschutz oft am schwächsten ist. Aber auch viele kleine Läden werden von Menschen mit Migrationsgeschichte betrieben und kämpfen derzeit überall in Deutschland aber gerade in den Ballungszentren ums Überleben und gegen Verdrängung. Das muss daher eines der zentralen Aktions- und Kampagnenfelder der LINKEN werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollte dabei angestrebt werden. Die Pflege- und Mietenkampagne der Partei bieten dafür sehr gute Anknüpfungspunkte. Darüberhinaus muss eine solidarische LINKE an der Seite derjenigen Menschen stehen, denen ihre Rechte verweigert werden und deren Situation sich während der Corona-Pandemie noch verschärft hat. Daher bedarf es einer Legalisierungskampagne für illegalisierte Menschen. Die Losung das kein Mensch illegal ist und die programmatische Forderung nach offenen Grenzen für alle Menschen sind für uns wesentlich. Aktuell muss DIE LINKE weiter für die Aufnahme von Geflüchteten aus den europäischen „Hotspots“ und gegen das menschenverachtende Grenzregime der EU, an dem sich Deutschland maßgeblich beteiligt, kämpfen und das Thema immer wieder in die öffentliche Debatte einbringen, beispielsweise auch durch Delegationsreisen, vor allem des Spitzenpersonals zu den Elendslagern. Viele Parteimitglieder engagieren sich in ihrem Landesverband und ihren Kiezen gemeinsam mit den Betroffenen für die Belange geflüchteter Menschen und eine bessere soziale und politische Teilhabe. Das verdient auch weiterhin die Unterstützung der Partei. Die Forderung nach mehr Teilhabe und Repräsentanz von Rassismus Betroffenen in der gesamten Gesellschaft sollte auch durch konkrete Gesetzesvorschläge untermauert werden, wie beispielsweise durch ein Bundesteilhabegesetz. Kampagnen zum Wahlrecht für Alle sind durch die Bundespartei anzustreben, das bietet sich insbesondere für den Bundestagswahlkampf 2021 an.

Strukturellen Rassismus bekämpfen

Der Polizeimord an George Floyd in den USA hat die Black Lives Matter-Bewegung wiedererstartet dieses Mal weltweit. Die globalen Proteste, die Millionen von Menschen auf die Straße gebracht haben, richten sich gegen strukturellen Rassismus und fordern eine gerechte Gesellschaft. Auch vielerorts in Deutschland sind Menschen auf die Straße gegangen. Während nach der großen Willkommensbewegung 2015 die Stimmung zunehmend von einem rassistischen Zeitgeist geprägt wurde, ist seit der globalen Klimabewegung, ein weiteres linkes Thema inmitten von gesellschaftlichen Diskursen gerückt. Das Thema Antirassismus. Endlich! Es ist notwendig antirassistische Positionen und Diskurse inmitten eines gleichzeitigen globalen Rechtsrucks nicht nur zu verteidigen, sondern offensiv zu stärken. Die Black Lives Matter-Bewegung gibt dem Kampf gegen Rechts massive Rückendeckung und eine gesellschaftliche Basis, die die Partei darin

bekräftigt, das Thema Antirassismus aktiv und offensiv zu behandeln statt auf einen rechten Rollback defensiv und reaktiv zu reagieren oder gar Positionen aufzuweichen.

DIE LINKE. muss bei der Unterstützung von bestehenden progressiven gesellschaftlichen Positionen in diesen Themenfeld Vorreiterin sein, Forderungen aus den Bewegungen aufnehmen und als Partei auch Impulsgeberin für gesellschaftlich fortschrittliche neue Perspektiven sein.

Die Zeit ist gekommen, konsequent und offensiv für weitreichende antirassistische Forderungen zu kämpfen und sie durchzusetzen. Beispielsweise das „racial profiling“ im Rahmen von anlasslosen polizeilichen Kontrollen, von dem vor allem schwarze Menschen und migrantische Jugendliche betroffen sind, steht zu Recht stark in der Kritik. Hieran muss DIE LINKE anknüpfen und ein Verbot dieser Polizeipraxis öffentlichkeitswirksam fordern und die Funktion der Polizei als Instrument zur Sicherung der bestehenden kapitalistischen und in Teilen rassistischen Ordnung benennen.

Der strukturelle Rassismus in allen Bereichen ist noch stärker öffentlich zu thematisieren. Neben den Sicherheitsbehörden betrifft das alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, genauso wie den Wohn- oder Arbeitsmarkt. Wir bitten den Parteivorstand bei den Genoss*innen auf Landesebene anzuregen, sich für Landesantidiskriminierungsgesetze und Zentrale Landesantidiskriminierungsstellen dort einzusetzen, wo diese noch nicht existieren.

DIE LINKE. muss außerdem die koloniale Verantwortung Deutschlands immer wieder thematisieren und sich für eine postkoloniale Erinnerungskultur und die Rückgabe von geraubter Kunst einsetzen.

Jetzt ist die Zeit gekommen weitreichende antirassistische Forderungen durchzusetzen und die Vielfalt in der Gesellschaft noch stärker als Chance für die Parteilarbeit zu begreifen. Für eine Gesellschaft der Vielen!

Begründung: erfolgt mündlich